



Zukunft im Nordosten

Ein Kabarettist sorgt in Neubrandenburg für Aufbruchstimmung. Seite 5

Foto: Ralph Schipke

Terror und Kunstmarkt

Der Islamische Staat zerstört Kulturerbe – und bereichert sich an Antikem. Seite 15



Der smarte Kontinent

Handyfirmen wenden sich dem noch jungen afrikanischen Markt zu. Der hat aber einen etwas anderen Bedarf. Seite 9

Foto: 123rf/Sura Nualpradit

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 27. August 2015

70. Jahrgang/Nr. 199

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT Europas Fratze

Katja Herzberg zum Umgang mit Flüchtlingen in der EU

Nur noch wenige Tage, dann ist der ungarische Zaun an der Grenze zu Serbien geschlossen. Dann hat gerechnet eines jener Länder auf diesem Kontinent, in denen die Menschen schon einmal lange genug unter Abschottung gelitten haben, wieder einen »Schutzwall« errichtet. Er wendet sich zuallererst gegen Menschen, die vor Not und Leid fliehen. Er widerspricht aber auch der europäischen Idee, von der Ungarn, aber auch so viele andere Länder profitieren, die jetzt nicht bereit sind, Schutzsuchenden zu helfen. Der Ruf nach einem NATO-Einsatz gegen Flüchtlinge, erhoben durch den tschechischen Finanzminister, ist nur ein neuer Ausdruck der Fratze, die noch vom friedensstiftenden Gedanken einer europäischen Einigung übrig geblieben ist.

In der Flüchtlingsfrage jedenfalls zeigt sich derzeit allerorten Unfrieden: vor deutschen Flüchtlingsunterkünften, beim EU-Militäreinsatz im Mittelmeer, im Umgang der Behörden mit Geflüchteten an den EU-Außengrenzen.

Mit der Feststellung eines Notstandes darf sich keiner herausreden. Die Zahl der Menschen, die sich bereits auf den Weg nach Europa gemacht hat und es weiter tun wird, ist groß. Dass sie steigt, war anzunehmen. Doch die EU hat es bis jetzt weder geschafft, angemessen auf den wachsenden Zulauf Geflüchteter zu reagieren, noch gegen die Fluchtursachen vorzugehen. Ihre bisherigen Instrumente, allen voran das Dublin-Abkommen und das sogenannte Einheitliche Europäische Asylsystem, das offiziell seit mehr als zwei Jahren in Kraft ist, versagen – wie ihre Macher.

UNTEN LINKS

Während bundesweit Rauchschwaden über gebrandschatzten Flüchtlingsunterkünften vom deutschen Wesen künden, hat die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit die Ergebnisse einer Studie über das im Ausland vorherrschende Bild von den Deutschen veröffentlicht. Von dort aus will man »subtilen deutschen Humor« und sogar eine »neue Lockerheit« erkennen, eine Einschätzung, die angesichts der vielen »besorgten Bürger« hierzulande allenfalls durch schlechte Sicht aufgrund großer Entfernung und falsch verstandener Höflichkeit zu erklären ist. Bleibt die Frage, warum das staatliche und unter FDP-Ägide fusionierte Entwicklungshilfe-Kombinat die Studie über die wachsende Deutschensympathie gerade jetzt in die Welt setzt? Nun: Eigentlich kann das nur mit einer »neuen Lockerheit« erklärt werden, die so etwas nicht einmal angesichts einer Menschenleben bedrohenden Pogromstimmung anstößig findet. Man könnte auch sagen: »subtiler deutscher Humor«. *tos*

Ihr seid das Pack!

Rassisten beschimpfen Merkel in Heidenau / Erneut Attacken gegen Flüchtlinge



Sächsische Verhältnisse: So empfangen »besorgte Bürger« die Bundeskanzlerin in Heidenau.

Foto: dpa/jan Woitas

Berlin. Die Bundeskanzlerin zierte sich, nun erschien sie an einem Brennpunkt rassistischer Hetze gegen Flüchtlinge: Am Mittwoch besuchte Angela Merkel die Aufnahmeeinrichtung im sächsischen Heidenau. Dort hatten sich am letzten Wochenende Flüchtlingsfeinde bei einer Straßenschlacht mit der Polizei und Attacken gegen linke Gegendemonstranten ausgetobt. SPD-Chef Sigmar Gabriel hatte die Gewalttäter und ihre Claqueure als Pack bezeichnet, was diese nun aufgriffen: Merkel wurde von Protestierern nicht nur mit Hupkonzert, »Volksverräterin«-Plakat und justiziablen Beleidigungen empfangen, sondern auch

mit dem Ruf »Wir sind das Pack!«. Festgenommen wurde offenbar erneut niemand. Die Angriffe gegen Flüchtlinge nannte Merkel beschämend und abstoßend, eine grundsätzliche Erklärung zur Flüchtlingspolitik blieb sie aber schuldig. Bundespräsident Joachim Gauck besuchte eine Flüchtlingseinrichtung in Berlin und bezeichnete die rassistischen Ausschreitungen als »Dunkeldeutschland«.

Welch bizarre Formen die Asyldebatte annimmt, zeigte sich in Thüringen: SPD-Landeschef Andreas Bausewein plädierte dafür, Kinder von Asylbewerbern von der Schulpflicht auszunehmen, weil die Unterrichtska-

pazitäten nicht ausreichen. Am Dienstagvormittag hatte die Bundesregierung beschlossen, den Ländern und Kommunen 500 Millionen Euro zusätzlich für die Betreuung von Flüchtlingen zur Verfügung zu stellen.

Unterdessen wurden neue Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte gemeldet: Auf eine Einrichtung in Leipzig wurde ein Brandanschlag verübt. In Parchim drangen zwei mit einem Messer bewaffnete Männer in ein Asylheim ein. In Berlin-Reinickendorf brannte eine Turnhalle, in der an diesem Donnerstag ein Fest für Flüchtlinge stattfinden sollte. *wh*

Seiten 2, 3, 4, 11 und 12

Mit der NATO gegen Flüchtlinge

Erneut Dutzende Migranten tot vor der libyschen Küste aufgefunden

Wieder sind Flüchtlinge auf dem Mittelmeer gestorben: Auf einem Schiff vor der libyschen Küste wurden am Mittwoch die Leichen von rund 50 Menschen entdeckt.

Von Olaf Standke

Erneut wurden am Mittwoch Dutzende Migranten tot im Laderaum eines Schiffes vor der libyschen Küste aufgefunden, vermutlich an Abgasen erstickt. Über 2300 Menschen kamen in diesem Jahr bereits auf dem Mittelmeer ums Leben. Doch aus Europa erreichten die Flüchtlinge gestern Abschottungssignale nach dem Motto: Höher die Wälle, dichter die Reihen.

So will Ungarn die Grenzkontrollen noch verschärfen und 2100 Polizisten an die Grenze zu Serbien entsenden. Zudem steht der viel kritisierte Stacheldrahtzaun kurz vor der Fertigstellung. Allein am Dienstag seien mehr als

2500 Menschen über die südliche Grenze ins Land gekommen, teilte Budapest mit, so viel wie noch nie an einem Tag. Die meisten Flüchtlinge stammten aus Syrien, Afghanistan und Pakistan. Im Aufnahmelager Röske, dem derzeit wichtigsten des Landes, setzte die Polizei am Mittwoch Tränengas gegen die Asylsuchenden ein, nachdem sich rund 200 von ihnen geweigert hätten, ihre Fingerabdrücke für das Registrierungsverfahren abzugeben.

Und die Fluchtbewegung gen Westeuropa dauert an. Die griechische Fähre »Eleftherios Venizelos« legte am Mittwochmorgen mit rund 2500 Menschen an Bord vom Hafen des Hauptortes der Insel Lesbos, Mytilini, ab. Die Fähre werde die Migranten nach Piräus bringen, so die Küstenwache. Weitere 800 Flüchtlinge aus Lesbos sollten mit Überlandbussen nach Thessaloniki und danach weiter zur griechisch-mazedoni-

schen Grenze fahren, um dort einen der Züge Richtung Serbien zu erreichen. Seit Tagen pendeln drei Fähren, um die Lage auf den Inseln der Ostägäis zu entspannen.

»Wir müssen den Schengen-Raum nach außen abschließen.«

Andrej Babis, Prager Vizeregierungschef

Bulgarien will das Problem anders lösen und stationierte präventiv Soldaten und Panzerfahrzeuge an seiner Grenze zu Mazedonien, die jederzeit aufgestockt werden könnten, so das Verteidigungsministerium – obwohl das Risiko eines ähnlichen Ansturms wie in Mazedonien »gering« sei, wie Sofia zugeben musste. Tschechiens Vizeregierungschef Andrej

Babis setzte noch eins drauf und verlangte den Einsatz der NATO an den EU-Außengrenzen. »Wir müssen den Schengen-Raum nach außen abschließen«, so der Milliardär.

Die Forderung sorgt für heftigen Streit in der Prager Koalition. Diese Ansicht sei »inkompetent, populistisch und irrational«, kritisierte der Vorsitzende des Junipartners KDU-CSL, Pavel Belobradek, am Mittwoch. Der Christdemokrat warnte vor einfachen Lösungen und davor, faschistische Tendenzen zu befördern. Tschechien verweigert sich bislang verpflichtenden Quoten zur Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der Europäischen Union. Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR wirft der Europäischen Union eine verfehlte Migrationspolitik vor und warnt nachdrücklich davor, Zäune, Tränengas und andere Formen der Gewalt als Mittel zur Lösung der Konflikte zu sehen.

Spitzeinsatz in Heidelberg ohne Rechtsgrundlage

Verdeckte Ermittlerin der Polizei in Hamburgs linker Szene enttarnt

Karlsruhe. Linke Aktivisten in Heidelberg haben einen juristischen Erfolg errungen. Der Spitzeinsatz des verdeckten Ermittlers Simon Bromma war laut Verwaltungsgericht Karlsruhe rechtswidrig. Die Vorsitzende Richterin, Anna Mayer, konnte bei beiden betroffenen Zielpersonen keine konkrete Gefahr einer Straftat mit erheblicher Bedeutung feststellen. Eine solche ist aber Voraussetzung für den Einsatz eines verdeckten Polizeiermittlers. Der betroffene Aktivist Michael Dandl erklärte gegenüber »nd«, die Gruppe werde nun beraten, wie sie weiter vorgeht. Eine Klage auf Schadenersatz wegen unrechtmäßiger Überwachung sei ebenso denkbar wie eine Klage gegen das Polizeigesetz von Baden-Württemberg.

In Hamburg wurde am Mittwoch eine weitere verdeckte Ermittlerin von einer linken Recherchegruppe enttarnt. Die Polizeibeamtin Maria Böhmschen war demnach unter dem Namen Maria Block zwischen 2009 und 2012 in linken Zusammenhängen Hamburgs aktiv und hat auch internationale Bündnistreffen besucht. Sie sei dabei »tief in die Strukturen der linken Szene eingedrungen«, heißt es in einer Erklärung. Die Hamburger Polizei bestätigte am Nachmittag, dass es sich bei der mutmaßlichen Aktivistin um eine Hamburger Beamtin handelt. Erst Ende 2014 war in Hamburg eine Aktivistin als LKA-Beamtin enttarnt worden. *had* Seite 6

53 aus SYRIZA-ZK zurückgetreten

Bericht: Parlamentspräsidentin Konstantopoulou will Partei gründen

Berlin. Die Differenzen über den Kurs in der Krisenpolitik zehren immer mehr an der organisatorischen Substanz der griechischen Linkspartei SYRIZA. Am Mittwoch erklärten 53 Mitglieder des Zentralkomitees ihren Rücktritt. In einer Erklärung der Mitglieder der Linken Plattform hieß es, man könne dem neuen Gläubiger-Memorandum nicht zustimmen, »das einer ohnehin schon gebeutelten Bevölkerung den letzten Schlag versetzt«. Kritisiert wurde auch, dass SYRIZA-Chef Alexis Tsipras seine Entscheidung für Neuwahlen ohne Beratungen mit dem Führungszirkel getroffen habe. Der Rücktritt kommt wenig überraschend. Erst dieser Tage hatten Teile des linken Flügels der SYRIZA-Fraktion im Parlament die »Volkseinheit« unter Führung von Panagiotis Lafazanis gebildet. Nach Ende von dessen Mandat zur Sondierung einer Regierungsmehrheit könnte es einen letzten Einigungsversuch bei Präsident Prokopis Pavlopoulos geben. Jedoch wird sicher mit Neuwahlen gerechnet. Bei der will auch Parlamentspräsidentin Zoe Konstantopoulou teilnehmen – mit einer eigenen Partei, wie am Mittwoch bekannt wurde. Die Politikerin, die ebenfalls zu den parteiinternen Kritikern von Tsipras gehört, wolle mit der »Volkseinheit« kooperieren, hieß es.

Der bisherige Energieminister Panos Skourletis erklärte derweil, SYRIZA könne dabei die absolute Mehrheit erreichen. Er wies zudem Spekulationen zurück, SYRIZA könne eine Zusammenarbeit mit den früheren Regierungsparteien Nea Dimokratia und PASOK oder der liberalen To Potami anstreben. *vk*

► Heute auf Seite 10
Gesund leben

Die Aroniabeeren sind bald reif!
In den süßsaurigen Früchtchen stecken jede Menge Vitamine.

ISSN 0323-3375

